

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Eid und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/7972 —

Bergwerksaltlasten in Kasese und Kilembe sowie Erneuerung
der Wasserversorgung in Kasese, im Westen Ugandas

In dem ugandischen Dorf Kilembe liegt seit 1978 eine Kupfermine brach, die von 1947 an von einer kanadischen Firma betrieben worden war. „Beiprodukte“ des Kupfers waren Kobalt, Schwefel, Eisen und Silitium. Die ca. eine Million Tonnen Beiprodukte wurden auf dem Gelände, oberhalb der nahegelegenen Stadt Kasese, auf offene Halde geschüttet. Während der Regenzeit werden seit Jahren große Mengen an Kobalt, Kupfer und Schwefel ausgewaschen. Diese Mengen haben durch ihren Abfluß die Vegetation auf kilometerbreiten Streifen in Richtung Lake George, einer der Quellseen des Weißen Nils, gänzlich abgetötet. Die verbliebenen Dorfbewohner unterhalb der Abraumhalde berichten einem deutschen Journalisten: „Zwei Tage nach Einsetzen des Regens sterben vorwiegend Kleinkinder, aber auch Erwachsene.“ Erste stichprobenartige Bodenanalysen ergaben, daß das von der Halde ausgewaschene Kupfer und der Schwefel sowie das Kobalt in Verbindung mit Regenwasser u. a. Schwefelsäure bildet. Das sich hier sammelnde Wasser wird, mangels Alternative, von den Dorfbewohnern in der Umgebung der Halde getrunken. Sie erkrankten daran und starben.

1. Trifft es zu, daß im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit die Bundesregierung ab September/Oktober 1990 die Wasserversorgung in Kasese vollständig renovieren lassen will?

Nein. Die Bundesregierung hat Mittel der Finanziellen Zusammenarbeit in Höhe von 12 Mio. DM für Wasserversorgungs- und Wasserentsorgungsmaßnahmen in ländlichen Zentren West-Ugandas bereitgestellt. Gegenwärtig wird eine Durchführbarkeitsstudie für sechs westugandische Orte – darunter auch Kasese – erarbeitet. Die Studie wird voraussichtlich Mitte nächsten Jahres vorliegen. Erst danach wird zu entscheiden sein, in welchem der sechs ländlichen Zentren Maßnahmen durchgeführt

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 23. Oktober 1990 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

werden. Ob Kasese auch dazu gehören wird, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gesagt werden.

2. Sind der Bundesregierung die Umweltprobleme um das ehemalige Kupferbergwerk Kilembe bekannt?

Wenn ja, wie bewertet sie diese im Hinblick auf die Gesundheits-, Trinkwasser- und Nahrungsmittelversorgung der betroffenen Bevölkerung und das Ökosystem im Queen-Elizabeth-Nationalpark?

Art und Umfang der Umweltprobleme um das ehemalige Kupferbergwerk Kilembe sind der Bundesregierung erst Mitte 1990 bekanntgeworden. Im Mai 1990 berichtete die deutsche Botschaft Kampala, daß das ugandische Umweltministerium – bei der Übergabe des 1. Berichts der „Enquete-Kommission zum Schutz der Erdatmosphäre“ des Deutschen Bundestages – an „der Erstellung einer Studie über die Gefahren, die von der kupfer- und kobalthaltigen Abraumhalde des (stillgelegten) Kilembe-Bergwerks bei Kasese/Westuganda ausgehen“, interessiert sei, ohne daß nähere Einzelheiten mitgeteilt wurden.

Recherchen ergaben, daß die private, in der Schweiz ansässige International Union for Conservation of Nature (IUCN) gegenwärtig eine Untersuchung der Haldenauswaschung und -abtragung durchführt, die auch die Analyse des Bodens und der Gewässer umfaßt.

Die Studie liegt hier noch nicht vor; sie wurde von IUCN erbeten. Nach ihrer Auswertung wird die fundierte Bewertung der schon jetzt erkennbaren hohen Gesundheitsgefahren durch die Altlasten möglich sein.

3. Welche Annahmen und Planungen legt die Bundesregierung der beabsichtigten Sanierung der Trinkwasserversorgung in Kasese zugrunde?

Wie werden bei den Planungen für die Wasserversorgung die großflächig vorhandenen Verseuchungen durch die Abraumhalde berücksichtigt?

Die in meiner Antwort zu Frage 1 erwähnte Durchführbarkeitsstudie wird auch die Qualität des Trinkwassers in Kasese untersuchen und Maßnahmen vorschlagen, die eine einwandfreie Qualität des Wassers gewährleisten. Detailaussagen sind erst nach Vorlage der Studie möglich.

4. Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, daß kein von der Abraumhalde verseuchtes Wasser in das Trinkwasser-Versorgungsnetz eingespeist wird?

Werden vor Ort Untersuchungen, ähnlich unserer Trinkwasseranalysen, durchgeführt?

Trinkwasseranalysen werden bei der Planung von Wasserversorgungsprojekten standardmäßig durchgeführt. Im übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 1 und 3 Bezug genommen.

5. Welche weiteren Schritte gedenkt die Bundesregierung im Rahmen ihrer bilateralen und internationalen Möglichkeiten einzuleiten, um die Sanierung der todbringenden Abraumhalde aus der Kolonialzeit voranzubringen?

Die Bundesregierung wird der ugandischen Regierung empfehlen, die Beseitigung der Altlasten und ihrer Folgen vom Verursacher zu fordern.

Nach hier vorliegenden Informationen plant die ugandische Regierung, in Zusammenarbeit mit einer ausländischen (nicht-deutschen) Firma unter erheblichem finanziellen Aufwand die Kilembe-Kupfergruben zu reaktivieren und die auf dem Grubengelände von Kilembe lagernden Haldenbestände wirtschaftlich zu nutzen. In diesem Zusammenhang sollten auch die Altlasten beseitigt werden, falls die Forderungen an den Verursacher nicht zum Erfolg führen.

6. Hat die Bundesregierung in den vergangenen bilateralen Verhandlungen mit der ugandischen Regierung das Problem dieser Umweltverseuchung angesprochen und die ugandische Seite auf die Dringlichkeit einer Rehabilitation der betroffenen Region aufmerksam gemacht mit der gleichzeitigen in Aussichtstellung von seiten der Bundesregierung, hierzu Finanzmittel zur Verfügung zu stellen?

Die ugandische Regierung ist sich der Dringlichkeit, Abhilfe zu schaffen, bewußt, wie der Auftrag an IUCN zur Anfertigung einer Studie zeigt. Aus den Gründen, die sich aus den Antworten zu den vorstehenden Fragen ergeben, hat die Bundesregierung bisher keine Finanzmittel zur Beseitigung der Abraumhalde und ihrer Folgeschäden in Aussicht gestellt. Sie teilt die Auffassung, daß Abhilfe dringend nötig ist und wird in diesem Sinne den Dialog mit der ugandischen Regierung fortsetzen.

